



Österreich



LINKE wählen!

Erst Anfang Juli gründete sich die Wahlplattform LINKE. Die LINKE bietet eine echte Alternative auf der Wahlebene. Es kandidieren BetriebsrätInnen, Jugendliche, aktive Frauen und MigrantInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Mehr Informationen erhältst du auf www.linkewahlen.at.

Betrieb & Gewerkschaft



Protest bei Glanzstoff in St. Pölten

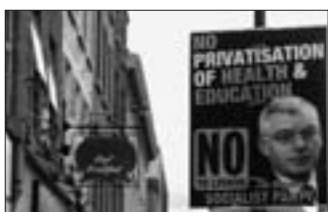
Das Glanzstoff-Werk in St. Pölten soll geschlossen werden, weil sich Umweltinvestitionen nicht mehr rechnen sollen. Die Belegschaft probt den Aufstand. Solidarität ist gefragt. Mehr Infos auf www.gewerkschaftsplattform.org

Schwerpunkt



Diese Spezialausgabe des VORWÄRTS widmet sich ausführlich dem "Linksprojekt" in Österreich. Im ersten Teil der zweiteiligen Ausgabe (der zweite Teil erscheint am 5. September) widmen wir uns dem Verhältnis der Sozialistischen Linkspartei zur LINKE.

Internationales



Linksprojekte in anderen Ländern

VORWÄRTS sprach mit sozialistischen AktivistInnen verschiedener Linksprojekte. Da sich die Problemstellungen gleichen, wollen wir damit auf die größten Fallstricke vorzeitig aufmerksam machen.

siehe SEITEN 2&3

Unzufrieden mit den Parteien?

Die linke: Endlich was anderes!

Von Laura Rafetseder,
Sozialistische Linkspartei Wien

Die LINKE steht in fünf Bundesländern auf dem Stimmzettel – in Wien, Salzburg, Oberösterreich, im Burgenland und in Tirol. Das ist – angesichts der europaweit einzigartig undemokratischen Hürden – ein enormer Erfolg. Die Kandidatur der LINKE ist ein erster Schritt in Richtung Aufbau einer neuen Partei links von SPÖ und Grünen, von und für ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, PensionistInnen und Arbeitslosen.

Kaum eine Diskussion in der nicht klar wird: Die Leute haben genug von den etablierten Parteien. Viele suchen nach einer Alternative. Andere wollen mit "Politik" überhaupt nichts mehr zu tun haben. Daran ändert auch der vermeintliche Linksschwenk der SPÖ unter Faymann nichts. Auch wenn einige GewerkschafterInnen ein Mandat bekommen und ein paar Wahlzuckerl verteilt werden, ist die SPÖ keinen Zentimeter von ihrer neoliberalen Politik abgewichen. Um zu verhindern, dass die extrem Rechten – FPÖ, BZÖ & Co. – davon profitieren, ist der Aufbau einer politischen Alternative mehr als nötig. Denn diese rechten Demagogen und Hetzer profitieren von sozialen Problemen. Und Arbeitslosigkeit, steigende Preise und Mieten, Bildungs- und Pflegekosten werden in der wirtschaftlichen Krise, die uns bevorsteht, noch zunehmen. Die LINKE ist diese neue Partei noch nicht, sie ist ein Bündnis von Kräften, die eine solche neue Partei aufbauen wollen. Aber die Kandidatur wird genutzt werden, um die Idee einer neuen Partei zu verbreiten.

Aktiver, kämpferischer Wahlkampf statt Millionen für Plakate

Andere Parteien benützen ihr riesiges Wahlkampfbudget um mit Plakaten und Werbung das Land zuzukletern. Die LINKE verfügt weder über diese Mittel noch über Unterstützung aus den großen Medien. Das ist ein Unterschied zu den etablierten Parteien. Ein weiterer ist, dass wir niemanden beehren wollen und keine Stellvertreter-

Innenpolitik machen. Die SLP ist von Anfang an in diesem Wahlbündnis maßgeblich dabei. Wir stehen für eine aktive Kampagne gegen Teuerung, Werksschließungen und Personalabbau. Wir verteilen keine Werbegeschenke und halten keine Sonntagsreden. Wahlkampf heißt für uns, den Kampf der KollegInnen bei Glanzstoff im Kampf gegen die Werksschließung zu unterstützen. Wahlkampf heißt für uns, die KollegInnen bei der Telekom gegen den geplanten Personalabbau zu unterstützen. Wahlkampf heißt für uns, mit Aktionen auf der Straße Druck auf den ÖGB für einen Kampf um deutlich höhere Lohnrunden auszuüben. Wahlkampf heißt für uns, Aktionen gegen den Rassismus von FPÖ, BZÖ und Konsorten zu organisieren.

Unser Programm: Konkretes statt leere Versprechen

Die LINKE ist ein Wahlbündnis. Insofern haben wir kein fertiges Parteiprogramm, sondern nur ein Wahlkampfprogramm. Es spricht viele Punkte an, aber manche fehlen auch noch. Unser Programm wirft nicht abstrakte Punkte auf, sondern versucht konkrete Probleme aufzugreifen. Wir meinen z.B. dass Arbeitslosigkeit nicht durch Schikanen und sinnlose AMS-Kurse bekämpft wird, sondern durch eine Arbeitszeitverkürzung und einen Mindestlohn. Unsere Antwort auf Stellenabbau sind keine halbherzigen Sozialpläne, sondern wir fordern die öffentliche Hand auf, solche Betriebe zu übernehmen und weiterzuführen. Wobei nicht irgendwelche ManagerInnen den Betrieb führen sollen, die ohnehin nur in die eigene Tasche arbeiten, sondern die wahren ExpertInnen – die KollegInnen im Betrieb diese Führungsarbeit leisten sollen. Das muß erkämpft werden, mit Widerstand im Betrieb, Demonstrationen und Streiks. Das ist angesichts der sich bereits bemerkbar machenden wirtschaftlichen Krise mehr als notwendig.

Wir von der SLP sind SozialistInnen. Wir meinen, dass es für viele Probleme unmittelbare Lösungen gibt. Nur sind diese leider oft nicht von Dauer. In

Österreich gab es früher freien Bildungszugang. Dieser wurde wieder abgeschafft. Täglich sehen wir Verschlechterungen im Sozialsystem. Das alles geschieht, weil das kapitalistische System seine Profite sichern muss. Wir meinen daher, dass das Programm der LINKE über die Logik des Kapitalismus hinausdenken muss, und den Kapitalismus selbst in Frage stellen muss. Wir meinen, dass ein sozialistisches Programm notwendig ist, damit das Projekt LINKE auf Dauer ein Erfolg wird.

Die SLP als Teil der Linken? Ein Widerspruch?

Die SLP und das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) treten international seit fast 15 Jahren für den Aufbau von neuen Parteien, die die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendliche vertreten, ein. Wo es solche Parteien oder erste Schritte in diese Richtung gibt, sind wir ein aktiver Teil davon. Manche meinen, in so einer neuen Formation soll es keine "Organisierten" geben. Tatsächlich spielen diese oft – auch aufgrund ihrer politischen Erfahrung – eine sehr positive Rolle. Das die LINKE in fünf Bundesländern antreten kann, ist nicht zuletzt auf die Arbeit von SLPlerInnen zurückzuführen. Wir meinen, dass eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche sich aus "Organisierten" ebenso wie "Unorganisierten" zusammensetzen wird. Wir sehen heute eine sehr große Schicht von Menschen, die zutiefst – und zu Recht – unzufrieden mit "der Politik" sind. Ein Teil davon ist schon heute bereit, auch aktiv etwas zu tun. Viele werden erst später folgen. Für sie alle muss eine neue Formation Raum und demokratische Strukturen bieten. Aufgrund der Erfahrungen mit den stalinistischen Parteien, aber auch aufgrund der Erfahrungen mit den "normalen" Parlamentsparteien, sind demokratische Strukturen eines neuen Projekts oder einer neuen Partei unabdingbar, will sie erfolgreich sein.

Die LINKE muss anders sein – demokratisch, kämpferisch und aktiv. Dann wird sie ein Erfolgsprojekt.



Thema ++ Internationale Erfahrungen

Wegen der Erfahrungen mit dem Rechtsruck und der neoliberalen Politik der Sozialdemokratie, mancher KPn sowie der Grünen sind in vielen Ländern neue linke Parteien entstanden. Wir können und sollen aus den Erfahrungen, den Erfolgen, aber auch den Rückschlägen für die Entwicklung in Österreich lernen.

BRITANNIEN Gewerkschaften entscheidend

von Natalia Frühwirt, SLP Steiermark und Ali Kropf, SLP Wien

Gewerkschaften sind in vielen Ländern heute die einzigen Organisationen der ArbeiterInnenklasse. Parteien wie die SPÖ oder die Labour Party in Britannien haben endgültig die Seiten gewechselt. Tony Blair und Alfred Gusenbauer haben bewiesen, dass sie bürgerliche Politiker mit bürgerlicher Politik von bürgerlichen Parteien sind. Kampf und Verbesserungen sind von ihnen nicht mehr zu erwarten. Damit steht die ArbeiterInnenklasse ohne politische Vertretung da, der Aufbau neuer ArbeiterInnenparteien auf der Tagesordnung ganz oben.

In den 80er Jahren hat die konservative Regierung von Margret Thatcher in Großbritannien einschneidende Kürzungen durchgepresst. Die Schwer-

industrie wurde privatisiert (Bergarbeiterstreik), der Sozialstaat zerschlagen und der Einflussbereich der Gewerkschaften beschnitten. Maßnahmen von denen sich die britische ArbeiterInnenbewegung bis heute nicht erholt hat. Und allen Hoffnungen zum Trotz, hat die Sozialdemokratie als sie 1997 mit Tony Blair wieder an die Macht kam, genau diese Politik fortgesetzt.

Nichtsdestotrotz haben die britischen Gewerkschaften "New Labour" nicht nur die Treue gehalten, sondern sie auch noch maßgeblich finanziell unterstützt. Diese Nibelungentreue der Gewerkschaften hat bis heute in vielen Ländern die Formierung von neuen ArbeiterInnenparteien verhindert. Und nicht nur das, meistens verhindert die Gewerkschaftsbürokratie nicht nur so einen Prozess, sondern steht ihm ak-

tiv im Weg. Trotzdem führt aber kein Weg an den Gewerkschaften vorbei. In ihnen ist noch immer der bewusste Teil der ArbeiterInnen organisiert.

In vielen Ländern hat der Loslösungsprozess der Gewerkschaften aus den Klauen der Sozialdemokratien schon begonnen. In Großbritannien gibt es bereits Beschlüsse einzelner Fachgewerkschaften Labour nicht mehr (finanziell) zu unterstützen. In Deutschland hat dieser Loslösungsprozess zur Gründung der WASG und schließlich der DIE LINKE geführt. In Österreich stehen wir hier noch am Anfang dieses Prozesses.

Dreh- und Angelpunkt in diesem Prozess ist die Frage von Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Demokratie. So kann die Phalanx und das "Meinungsmonopol" der Gewerkschaftsbürokratie einmal aufgebro-

chen werden. Dort, wo das bereits durch eine organisierte Opposition in der Gewerkschaft geschehen ist, ist der Prozess einer neuen ArbeiterInnenpartei fortgeschrittener. Die Kernforderungen sind dabei die nach Treffen und Versammlungen der Gewerkschaftsbasis und Urabstimmungen zu allen wesentlichen Entscheidungen (Kollektivvertragsverhandlungen etc.). Die tiefe ÖGB-Krise wegen der BAWAG vor zwei Jahren war eine Chance, die aber nicht genutzt werden konnte.

Die internationalen Erfahrungen zeigen, dass es keine "Politikverdrossenheit" gibt. Das gilt auch für Österreich. Die Menschen sind sehr wohl interessiert an ihrer Zukunft und der Gestaltung ihrer Gegenwart. Einzig, sie glauben nicht mehr an die "Lösungen" der etablierten Politik.



DEUTSCHLAND DIE LINKE als Vorbild?

von Karin Wottawa, SLP Wien

Es ist gerade 3 Jahre her, als im deutschen Nordrhein-Westfalen (NRW), die WASG 2005 erstmals bei Wahlen antrat. Sie kandidierte gegen SPD, PDS und erreichte 2,2 % der Stimmen (die PDS 0,9 %). Heute, nach der Fusion der WASG "durch" die PDS zur DIE LINKE, hält sie in Umfragen bundesweit bei 14 % und ist damit die 3. stärkste (!) Partei. Kann DIE LINKE ein Vorbild für das neue Wahlbündnis LINKE in Österreich sein?

Die Gründung der LINKEN war Ausdruck einer sozialen Bewegung auf die Einschnitte im Lebensstandard in Deutschland. Unter dem Schlagwort "Agenda 2010" zerschlug die SPD-Grün Regierung den Sozialstaat. Das passierte ohne zentrale Gegenwehr der Gewerkschaft (DGB). Der Druck auf der Straße wurde aber derart stark, dass sich kämpferische Teile des DGB von der SPD lossagten. Die Verbindung mit dem Widerstand der Betroffenen führte letztlich zur WASG.

Nach den Wahlen in NRW schrieben

viele bereits das Ende der WASG herbei. Obwohl das Ergebnis von den Beteiligten selbst als Erfolg gewertet wurde. Die Kandidatur hatte im Wahlkampf soziale Themen vorgegeben. Unsere deutsche Schwesterpartei – die SAV – war von Beginn an der Gründung der WASG beteiligt. Wir sahen damals die Kandidatur als ersten Schritt für den Aufbau einer neuen Partei für Arbeitslose, Jugendliche, Beschäftigte und PensionistInnen. Und offenbar tat das auch Oscar Lafontaine, weil er kurz darauf auf den bereits fahrenden Zug WASG aufsprang. Mit Lafontaine stiegen aber nicht nur die Berichte auf den Titelseiten. Die WASG war bis zu diesem Zeitpunkt ein Projekt von unten. Mit dem Eintritt des ehemaligen Finanzministers und SPD Kanzlerkandidaten Lafontaine begann sich dieses Verhältnis innerhalb der WASG in Richtung "etablierte Politik" zu verändern.

In Deutschland war die Gründung von DIE LINKE zur Bundestagswahl 2005 ein Paukenschlag. Einerseits weil es eben Ausdruck der Stimmung und

des Potentials war, andererseits aber auch weil mit Lafontaine und Gysi zwei Polit-Promis an der Spitze standen. Durch die Fusion zur DIE LINKE hat die WASG einiges von ihrer Dynamik eingebüßt. Ist doch die ehemalige PDS nach wie vor in vielen Kommunen und Ländern für die Umsetzung neoliberaler Politik verantwortlich.

Weil die PDS in Berlin Regierungspartei ist, trat schließlich die WASG Berlin nach der Fusion eigenständig in Berlin an. Es wurden Aktionen gemeinsam mit Erwerbslosen gemacht. Durch Spenden finanziert ging man/frau ins Nobelrestaurant und lud sich zum Wirtschaftminister ein, unter dem Druck des Wahlkampfes wurden die KollgenInnen gemeinsam mit den WASG-KandidatInnen empfangen; im Gepäck mit dabei Fakten über Armut und Reichtum.

Der Wahlkampf hat sich demnach erheblich von jenem schalen und lästigen Wahlkampf voll müder Versprechung und Hetze unterschieden. Für das neue Bündnis in Österreich zeigt das gleich von Anfang an: Es ist absolut notwen-

dig zu zeigen, dass die LINKE eine solide und ernsthafte Alternative zu dem Einheitsbrei der etablierten Parteien ist. In Deutschland zeigte sich das sehr schnell: KandidatInnen und WahlkämpferInnen führten einen aktiven Wahlkampf auf der Straße mit Infotischen, klarem Infomaterial und politischen Diskussionen. Schon dadurch unterschieden sie sich von anderen Wahlwerbenden Parteien, die sich nahezu immer von oben herab auf Bühnen und mit schmucken, aber oft inhaltsleeren Foldern präsentierten.

DIE LINKE zeigt, dass es möglich ist in großem Rahmen linke Forderungen aufzustellen. Sie stellt Forderungen auf, die sich gegen die Kürzungspolitik der etablierten Parteien richten wie die Rücknahme von Privatisierungen in öffentliches Eigentum, Mindestlohn usw. Das ist Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Realität und führt umgekehrt dazu, dass ArbeiterInnen, Frauen, Jugendliche und Erwerbslose sich radikalisierten. Diese Situation könnte sich auch in Österreich ergeben. Wobei uns klar sein muss, dass die

tatsächliche Breite unseres Bündnisses ohne soziale Auseinandersetzungen wie in Deutschland damals, eingeschränkt ist.

Das Fehlen eines Polit-Promis wie Oscar Lafontaine oder Gregor Gysi in Österreich kann gleichzeitig auch die Chance dafür sein, dass sich die LINKE in Österreich nicht an etablierte Parteien anbietet wie es DIE LINKE in Zuge von Regierungsbeteiligungen letztlich tut.

Das Auftreten, das Programm und das Handeln einer Partei bzw. eines Bündnisses darf nicht den Fehler begehen, sich als "brav" oder "extra radikal" gegenüber etablierten Parteien zu werden, und sie damit zum Bezugspunkt ihrer Politik zu machen. Die ArbeiterInnenklasse muss immer der Bezugspunkt bleiben. DIE LINKE hat diesen Schwenk zur "Partnerschaft" mit etablierten Parteien allerdings gemacht. Sie beschloss z.B. in Berlin in einer Koalition mit der SPD genauso Einschnitte mit und beschränkte sich in vielen Bereichen auf eine radikale Rhetorik und hat damit auch bereits wieder viele Chancen vertan.

IRLAND Wie man die EU ins Wanken bringt

von Sebastian Kugler, SLP Wien

Das irische "Nein" zum EU-Vertrag von Lissabon bedeutete einen historischen Stolperstein in der Geschichte der EU. Doch wer hat warum gegen den Vertrag gestimmt? War es wirklich eine nationalistische, konservative Entscheidung, wie die Medien es uns glauben machen wollen? Ein genauer Blick auf das Ganze zeigt folgendes: Es war hauptsächlich die Zustimmung der IrInnen zu den Vorbehalten der Linken, die ausschlaggebend für das Ergebnis war. 74% der ArbeitnehmerInnen und 54% der Jugendlichen stimmten gegen den Vertrag, weil er Militarisierung und Privatisierung bedeutete hätte. Der Vertrag von Lissabon fordert höhere Investitionen im Bereich der Rüstungsindustrie und er intensiviert die Militarisierung der Eu-

ropäischen Union. Das Protokoll 6 besagt, dass wirtschaftliche Konkurrenz zu einem Eckpfeiler der EU-Politik werden soll und dass freier Handel und Profit über die Rechte von ArbeitnehmerInnen gestellt werden. Der Artikel 188c des Vertrages verbietet den Staaten, gegen Handelsabschlüsse, bei denen es um Gesundheit oder Bildung geht, ein Veto einzulegen. Damit wäre SpekulantInnen Tür und Tor geöffnet, sich nun die profitablen Gustostückchen aus Gesundheits- und Bildungswesen herauszupicken. Nur eine verschwindend geringe Minderheit hingegen wählte aus traditionell rechten Gründen "Nein". Nur 4% der Nein-Wähler trafen ihre Entscheidung beispielsweise wegen der Abtreibungsfrage.

Die irische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale, die

Socialist Party, spielte eine zentrale, wenn nicht DIE zentrale Rolle in der Nein-Kampagne. Sie plakatierte: "Nein zur Privatisierung von Gesundheit und Bildung – Nein zu Lissabon" und "Löhne und Arbeitsbedingungen verteidigen – Nein zu Lissabon". Das Engagement von Joe Higgins, Mitglied der Socialist Party und ehemaliger Parlamentsabgeordneter, wird auch von bürgerlicher Seite als einer der Hauptgründe für das "Nein" gehandelt. So schrieb der "Evening Herald": "Sie haben nicht erkannt, welchen Einfluss Außenseiter wie Joe Higgins haben. Joe Higgins ist eine Institution. Er ist mehr als ein Kuriosum. Leute, an denen nichts Linkes ist, identifizieren sich mit ihm, weil sie ihn geradlinig, engagiert und geistreich finden. Als er sagte, dass das Gesundheitswesen privatisiert wird, hat sie das gewurmt."

Gewurmt, aber in einer anderen Hinsicht hat es auch die Gesundheitsministerin Mary Harney, die sich in einer Radiodebatte beschwerte, dass die Socialist Party im ganzen Land Plakate aufgehängt hat, auf denen sie darauf aufmerksam macht, dass mit dem Lissabon-Vertrag das Gesundheitswesen privatisiert wird.

Die von der Socialist Party organisierten Debatten mit führenden VertreterInnen der Ja-Kampagne waren mit hunderten TeilnehmerInnen die größten öffentlichen Debatten zu diesen Themen in Städten wie Dublin und Cork.

Diese aktive und erfolgreiche Kampagne stärkte die Positionen der Socialist Party und des CWI und ist ein Musterbeispiel für ein gelungenes Engagement im Interesse der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.



mit neuen linken Parteien ++ Thema

BRASILILIEN Neue Partei entsteht aus Bündnis

von Jakob Unterwurzacker, SLP Wien

„Lula – der erste Präsident derer, die niemals an der Macht waren“ steht auf einem Transparent, das nach den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2002 in Brasilien berühmt wird. Lula da Silva von der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) gewinnt die Wahlen. Doch die Regierung der PT konfrontiert die ArbeiterInnen mit einem neoliberalen Kurs, der in seiner Härte sogar die vergangenen konservativen Regierungen in den Schatten stellt.

Die PT hat die ArbeiterInnen- und Landlosenbewegung zutiefst enttäuscht. Auch in der Basis der PT regt sich Widerstand. Die Organisation „Revolutionärer Sozialismus“ – SR – die brasilianische Schwesterorganisation der SLP – startet eine Kampagne für eine neue ArbeiterInnenpartei.

Unter der Führung linker Parlamentsabgeordneter, die teilweise aus der PT ausgeschlossen wurden, und durch einen Zusammenschluss weite-

rer linker Gruppen wird 2004 die „Partei für Sozialismus und Freiheit“ – PSOL – gegründet.

Die PSOL startet mit einem klar sozialistischen Programm und starken sozialen Bewegungen im Rücken. Eine entscheidende Rolle in der Debatte um das Programm spielen dabei die organisierten Linken aus den marxistischen Organisationen, die die PSOL mitbegründeten. Mit diesem radikalen Programm und der richtigen Strategie gelingt es der PSOL, stark zu wachsen.

Die Gründung der LINKE in Österreich erreicht nicht dieselbe Breite wie die der PSOL. Auch hat die LINKE noch keine Prominenten oder ParlamentarierInnen in ihren Reihen. Dennoch ist die LINKE wie die PSOL ein Zusammenschluss mehrerer linker Gruppen und bisher nicht organisierter Menschen. Was die PSOL im Aufbau stark von der PT unterscheidet, sind die ausgeprägten demokratischen Rechte innerhalb der Organisation. Jede Organisation, die in der

PSOL arbeitet, hat jederzeit das Recht, eigene Materialien zu verwenden und Fraktionen innerhalb der PSOL zu gründen. Genauso ist es wichtig, dass in der LINKE diese Rechte Geltung finden. Eine klare Positionierung der LINKE nach außen ist dabei nach wie vor möglich und notwendig (in der PSOL gibt es ein Redaktionsteam mit einem Vertreter jeder Organisation zur Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit).

Die PSOL führt 2006 einen Präsidentschaftswahlkampf mit Heloisa Helena an der Spitze und erreicht dabei mit 6,8% der Stimmen ein hervorragendes Ergebnis. Doch gleichzeitig verwässert im Wahlkampf das Programm und OpportunistInnen versuchen, die PSOL als Karrieresprungbrett zu nutzen. Ohne die weitgehenden demokratischen Freiheiten in der PSOL wäre es weit schwieriger für die verschiedenen linken Gruppen in der PSOL, sich gegen diese Entwicklung nach rechts zu stellen.

Die LINKE steht noch am Anfang des Prozesses der Bildung einer neuen ArbeiterInnenpartei, sie ist derzeit „die Vorstufe einer Vorstufe“, wie auf einem Wiener AktivistInnentreffen betont wurde. Der Zusammenschluss bestehender linker Gruppen alleine führt noch nicht automatisch zur Bildung einer neuen, starken ArbeiterInnenpartei. Doch es sind Gruppen wie die SLP, die Ideen für das Programm einbringen, das die LINKE von allen anderen Parteien unterscheiden. Wobei strikt darauf zu achten ist, dass Programmpunkte für nicht organisierte verständlich sein müssen. Neben „Unorganisierten“ waren es Gruppen wie die SLP, die mit guter Organisation und mit großem Einsatz das Antreten in fünf Bundesländern ermöglicht haben. Die PSOL zeigt, dass Organisationen einen wichtigen Beitrag im Aufbau einer solchen neuen Kraft spielen können.



FRANKREICH Der bekannteste Briefträger des Landes

Ein Jahr nach dem Aufruf der LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) zum Aufbau einer linken Alternative, traf sich Ende Juni erstmals das „Nationale Koordinations-Komitee“ der Initiative für eine neue anti-kapitalistische Partei. Daran nahmen 900 Delegierte von 300 regionalen Komitees aus ganz Frankreich teil. Über den Entstehungsprozess, das Potenzial, die Zukunft, aber auch über verpasste Chancen der *Le Nouveau Parti Anticapitaliste* (NPA) berichtet OLAF VAN AKEN, Mitglied der „Gauche révolutionnaire“ (Schwesterorganisation der SLP in Frankreich). Das Interview führte MARTIN RAMBERGER.

VORWÄRTS: Kannst Du uns die Situation in Frankreich seit den Wahlen kurz schildern.
Van Aken: Im Juni 2007, nach dem Wahlsieg Sarkozys zum Präsidenten Frankreichs, herrschte bis in den Herbst eher eine niedergeschlagene Stimmung unter den ArbeiterInnen und den Jugendlichen. Doch das hat sich schnell geändert, als das erste Angriffspaket von der neuen Regie-

rung verabschiedet wurde. Das hat Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitssystem, Arbeitszeitverlängerung und Angriffe auf das Streikrecht vorgesehen. Für die meisten war klar, dass können sie nicht hinnehmen. Es gab Widerstand, viele verschiedene Streiks im Herbst. Die massiven SchülerInnenstreiks und EisenbahnerInnenstreiks waren die wichtigsten.

VORWÄRTS: Wie kam es zur Entstehung der NPA?

Van Aken: LCR, der Hauptinitiator des Projektes, hat schon öfters mit der LO (Lutte Ouvrière) gemeinsam kandidiert (Anm. zwei in Frankreich relativ starke Organisationen mit trotzkistischer Tradition). Bei den letzten Wahlen leider nicht. Aber sie sind zusammenrechnet auf über 5% (davon 4,1 % für die LCR) gekommen. Dieses Ergebnis ist schon bemerkenswert für die radikale Linke in Frankreich. Es ist auch Ausdruck für die anti-kapitalistische Stimmung und das Potenzial, das für den Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiter-

Innenpartei existiert. Die Beliebtheit von Olivier Besancenot, Präsidentschaftskandidat und Bundessprecher der LCR ist extrem gestiegen und viele Leute meinen, er sollte eine wichtigere Rolle in der französischen Politik spielen. Im August letzten Jahres dann erfolgte der Aufruf der LCR für den Aufbau der NPA. Es bildeten sich in ganz Frankreich über 300 regionale Komitees.

VORWÄRTS: Was sind Schwächen des Projekts?

VAN AKEN: Es war ein Fehler, dass es keinen Versuch der LCR/NPA gab in die Bewegung vom letzten Herbst zu intervenieren, auf die ArbeiterInnen und Jugendlichen zu zugehen, sie in ihrem Kampf zu unterstützen und konkrete Vorschläge für den weiteren Aufbau und die Verallgemeinerung der Bewegung zu machen. Sie ließ die Bewegung im Herbst einfach verstreichen. Mit einer offensiven Orientierung auf diese Kämpfe wäre es möglich gewesen, streikende ArbeiterInnen und Jugendliche zusammenzubringen und somit neue

Schichten in der neu entstehenden Partei zu organisieren. Eine weitere Schwäche der NPA ist, dass es bisher noch wenig Programmdebatten innerhalb der NPA gab.

VORWÄRTS: Wie steht „Gauche révolutionnaire“ (GR) zur NPA?

Van Aken: Wir haben den Aufbau einer neuen antikapitalistischen Partei von Anfang an begrüßt und sind auch Teil der Komitees in verschiedenen Städten. Aber wir fordern eine Programmdiskussion bzw. dass man sich für zukünftige Streiks mit konkreten Forderungen und einer Kampfstrategie vorbereitet, damit die NPA bei der nächsten Streikwelle auf die streikenden ArbeiterInnen zugehen kann. Dazu gehört auch eine stärkere betriebliche bzw. gewerkschaftliche Vernetzung. Wir denken, dass es nötig ist, eine Partei aufzubauen, die ein Kampfinstrument für ArbeiterInnen und Jugendliche gegen die Angriffe der Regierung und der Kapitalisten wird. Eine Partei, die die Tagesforderungen der ArbeiterInnenklasse mit dem Kampf für eine

sozialistische Gesellschaft verknüpft. Eine Partei ohne Orientierung auf die kommenden Klassenkämpfe und die ArbeiterInnenklasse allgemein, eine Partei, die sich auf antikapitalistische Forderungen beschränkt, wird sich längerfristig nicht aufbauen können.

In den Komitees und den regionalen und landesweiten Treffen setzen wir uns daher für ein sozialistisches Programm ein und schlagen gleichzeitig konkrete Schritte und Kampagnen für den Aufbau der NPA vor. Wir werden zum Beispiel vorschlagen, dass die NPA eine konsequente Kampagne gegen die im Herbst anstehende Teilprivatisierung der Post führt. Vor dem Hintergrund, dass Olivier Besancenot der bekannteste Briefträger Frankreichs ist, wäre eine solche Kampagne bestens geeignet, um den Kampf der Postbeschäftigten zu unterstützen und breitere Schichten in der NPA zu organisieren und in den Kampf gegen Sarkozys Politik zu ziehen.

ITALIEN Kleineres Übel stoppt Rechte nicht

von Lila Ramharter, SLP Wien

Um Berlusconi Partei Forza Italia aufzuhalten, trat bei den Parlamentswahlen 2006 ein „Mitte-Links“-Bündnis (L'Unione) an, dem sich auch die Rifondazione Comunista (RC) angeschlossen hatte. Die Rifondazione war 1991 aus einer Spaltung der einst mächtigen Kommunistischen Partei Italiens (PCI) hervorgegangen und hatte sich seitdem als wichtigster Faktor auf der italienischen Linken einen Namen gemacht. Doch 2006 gaben sie den Aufbau einer Massenbewegung zugunsten einer möglichen Regierungsbeteiligung auf und folgte der Logik des „kleineren Übels“.

Der Versuch, Berlusconi aufzuhalten funktionierte (aber nur sehr kurzfristig wie sich rasch zeigte). Die L'Unione gewann die Wahlen mit

31%, doch für die ArbeiterInnen brachte dies keine Verbesserungen. Durch das Bündnis mit Prodi fand sich die RC in einer neoliberalen Regierung wieder, tat aber auch wenig, um diese Entwicklung zu stoppen. Die RC hatte zwar nach wie vor ein sozialistisches Programm – auf dem Papier. Praktisch schluckte sie alles, was die Prodi-Regierung ihr vorsetzte. Das Resultat waren enorme Lohnsenkungen (die Löhne in Italien fielen fast auf den niedrigsten Stand in Westeuropa), eine Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse, Privatisierungen sowie Angriffe auf Pensionen und den öffentlichen Dienst. Prodis Regierung verlor den letzten Rest an Vertrauen, den die italienischen ArbeiterInnen noch in sie gehabt hatten. Für die RC galt: mitgehen–mitgefangen. Bei den Wah-

len 2008 bekamen sie die Rechnung präsentiert.

Bei den Parlamentswahlen 2008 gewann wieder Berlusconi Partei, die Forza Italia. Alle an der Prodi-Regierung beteiligten Parteien mussten große Stimmenverluste verbuchen. Die allgemeine Wahlbeteiligung, ganz besonders in den „roten“ Regionen, nahm erheblich ab – was sehr gut die Wut und Enttäuschung der ArbeiterInnen widerspiegelt, die sich von der „Linken“ verraten fühlen.

Die RC hatte innerhalb der Regierung bestenfalls als schwache Bremse gegen die Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse und die Fortführung der italienischen Kriegspolitik fungiert. Besser wäre es gewesen, wenn sie außerhalb des Parlaments die wütenden ArbeiterInnen und Jugendliche organisiert und Be-

wegungen gegen die Regierungspolitik unterstützt und geführt hätte. Hohle Phrasen vom „Vertrauen in Sozialismus und Kommunismus“ bringen nichts, wenn keine Taten folgen. Wäre die RC aktiver Teil der Proteste gegen die Regierungspolitik gewesen sähe sowohl ihr Wahlergebnis (die RC flog aus dem Parlament), als auch jenes Berlusconi vielleicht anders aus.

Italien und die RC zeigen, dass eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis keine Vorteile bringt – weder für die ArbeiterInnenklasse, noch für eine linke Partei. Wichtiger ist es, eine Massenbewegung auf- und auszubauen. Und wichtig ist es, ein sozialistisches Programm zu haben und auch dafür zu kämpfen, dieses in die Tat umzusetzen. Leere Versprechungen und faule Kompromisse nützen nicht nur nichts – sie schaden gewaltig.



VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Preis: EUR 0,40

Nummer 175a

September 2008



Die Sozialistische LinksPartei unterstützt LINKE-Aufbau

Von Harald Mahrer,
Sozialistische LinksPartei Wien

Die Sozialistische LinksPartei (SLP) hat vom ersten Tag, als eine mögliche Kandidatur einer breiteren linken Wahlplattform im Raum stand, ihre volle Energie in dieses Projekt gesteckt. Wir haben deutlich gemacht, dass wir bereit wären, für ein solches Projekt auf eine eigenständige Kandidatur zu verzichten.

Die Sozialistische LinksPartei ist Teil des Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale (CWI), dessen Sektionen in vielen Ländern der Welt beweisen, dass SozialistInnen ein wesentlicher Bestandteil des Wiederaufbaus der ArbeiterInnenbewegung sind. Unsere GenossInnen arbeiten in vielen Ländern als verlässliche und konsequente PartnerInnen in verschiedenen Linksprojekten mit und leisten so ihren Beitrag zum Erfolg dieser neuen Formationen. **VORWÄRTS** beleuchtet einige Beispiele für diese Arbeit auf den Innenseiten dieser Ausgabe.

**SozialistInnen vor
"doppelter Aufgabe"**

Sozialistische Politik findet für uns nicht im Elfenbeinturm statt und hat für uns nichts mit marktschreierischem Wetteifern um die radikalsten Parolen zu tun. Unse-

re Grundsätze sind uns Anleitung zum konkreten Handeln. Wir richten unsere Politik darauf aus, größtmögliche gesellschaftliche Wirksamkeit zu erreichen. Für uns ist der Aufbau der **LINKE** daher kein Widerspruch zum Aufbau der eigenen Partei, sondern gleichberechtigter Teil dessen, was wir als "doppelte Aufgabe" ansehen.

Das Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale hat Jahrzehnte in der Sozialdemokratie gearbeitet, weil wir von der – damals richtigen – Annahme ausgingen, dass sich eine gesellschaftliche Radikalisierung in den traditionellen Parteien der ArbeiterInnenklasse widerspiegeln würde. Nachdem Zusammenbruch des Stalinismus in Mittel- und Osteuropa Anfang der 1990er-Jahre beschleunigte sich der Rechtsruck in all diesen Parteien. Die traditionellen Strukturen entleerten sich, die Bindung der Parteien an Gewerkschaften wurde einseitig gelockert und die Parteien verkamen zu ganz normalen bürgerlichen Parteien, der einziges Unterscheidungsmerkmal zu anderen nicht länger die Verbindung zur ArbeiterInnenklasse, sondern ihre spezielle Geschichte, darstellte. Gesellschaftliche Radikalisierungen fanden in diesen Parteien keinen oder nur sehr verzerrten Widerhall. Die

Sozialdemokratie war für sozialistische Politik endgültig gestorben.

Diese neue Situation machte auch ein Umdenken bezüglich unserer eigenen Arbeit notwendig. Wir streichen seitdem die Notwendigkeit des Neuaufbaus nicht nur der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, sondern der ArbeiterInnenbewegung mit Massenparteien und kämpferischen Gewerkschaftsstrukturen, hervor und sehen uns selbst damit vor einer "doppelten Aufgabe". Als SozialistInnen müssen wir unseren Beitrag zum Neuaufbau einer breiteren Bewegung leisten und gleichzeitig unsere eigenen Kräfte stärken. Hier besteht kein Widerspruch, sondern im Gegenteil Zusammenhang und positive Wechselwirkung. Wir sind der Überzeugung, dass eine Stärkung der sozialistischen Kräfte, auch die Bedingungen für den Aufbau einer breiteren Bewegung verbessert und umgekehrt.

**Was versteht die SLP
unter Sozialismus?**

Wir verstehen unter Sozialismus nicht die stalinistischen Diktaturen des ehemaligen Ostblocks, die zwar den Kapitalismus abgeschafft hatten, jedoch völlig undemokratisch gesteuert wurden. Wir

verstehen unter Sozialismus auch nicht die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsmodelle der 1970er-Jahre, da wir heute Zeuge werden, wie wenig dauerhaft diese Reformen sind.

Die großen Probleme der Menschheit Armut und Arbeitslosigkeit, Krieg und Umweltzerstörung sind in einem System, dessen einzige Maxime der Profit ist, nicht zu lösen. Wir als SozialistInnen sind überzeugt, dass diese Menschheitsfragen dauerhaft nur gelöst werden können, wenn der Kapitalismus überwunden, die Wirtschaft in gesellschaftliches Eigentum überführt und demokratisch von Beschäftigten selbst geplant und verwaltet wird.

**Sozialistische Programmatik
verbessert die Chancen der LINKE**

Die Sozialistische LinksPartei hat ein klares Programm und feste Überzeugungen. Uns ist bewusst, dass die Wahlplattform **LINKE** dieses nicht 1:1 übernehmen wird. Sonst hätte ja eine Öffnung von SLP-Listen für Nichtmitglieder gereicht. Dennoch treten wir für programmatische Eckpunkte ein, die die Grenzen des Kapitalismus sprengen. Wir meinen damit nicht das ultimative Aufzählen von radikal klingenden Parolen. Wir wollen versuchen Lösun-

gen aufzuzeigen, die sich ausschließlich an den Interessen der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen, prekär Beschäftigten, MigrantInnen und sozial Benachteiligten orientieren. Dabei und damit kann aufgezeigt werden, dass der Kapitalismus in diesen Fragen nicht nur keine Lösungen anzubieten hat, sondern die Wurzel des Problems selbst darstellt.

Mit dieser Methode kann es der **LINKE** gelingen, eine Brücke zwischen dem täglichen Erleben der Menschen und sozialistischen Schlussfolgerungen zu schlagen.

Dass sozialistische (systemüberwindende) Schlussfolgerungen notwendig sind, will sich die **LINKE** nicht bald in eine Art "Sozialdemokratie ohne Massenbasis" entwickeln, wie das die KPÖ bereits darstellt und so manches Linksprojekt in anderen Ländern schon hinter sich hat, zeigen auch die Beispiele, die Sie im Blattinneren finden.

Genau deshalb bauen wir die **LINKE** UND die SLP auf. Eine starke SLP ist nicht nur kein Widerspruch zu einer starken **LINKE**, sondern ein guter Beitrag zu ihrem Aufbau. Wir denken, dass wir das mit unserem Engagement in der ersten Phase des Wahlkampfes auch eindrucksvoll unterstreichen konnten.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt"; Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr
Programm!**

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at